

Gerulf Stix

## Freiheit und Gleichheit – ein innerer Gegensatz

### Wie das Wort „liberal“ vom „messianischen Sozialismus“ missbraucht wird

Ein moderner Schlachtruf lautet: „Gleichheit für alle!“ Wer an dessen Modernität zweifelt, braucht nur in der Mainstream-Presse zu blättern. Von der „Zwei-Klassen-Medizin“, über die „Gratis-Kinderbetreuung für alle“ bis zur „Ungleich-Verteilung der Vermögen“ findet er dort Themen über Themen, die offen oder unbegriffen die fehlende „Gleichheit“ einmahnen. Der Gipfel dieser Forderung nach „Gleichheit für alle“ wird aber dann erreicht, wenn in einem Atemzug der Ruf nach „Freiheit und Gleichheit“ ertönt! Das klingt dann besonders modern. Nach „Freiheit“ zu verlangen, ist immer „in“. Und gar zugleich „Freiheit und Gleichheit“ zu fordern, wird dann wohl als das Nonplusultra an moralischer Forderung zu gelten haben.

Aber vielen Leuten, die diesen Schlachtruf anstimmen, leuchtet offenbar nicht ein, dass Freiheit und Gleichheit einander prinzipiell ausschließen. Freiheit führt materiell immer zu Ungleichheiten! Wann immer jemand, dem Freiheit gegeben ist, von dieser seiner Freiheit tatsächlich Gebrauch macht, wird sich als Folge davon für den Nachbarn, der von derselben Freiheit, die auch ihm gegeben ist, eben keinen Gebrauch macht, eine Ungleichheit in den Lebensumständen einstellen. Dieses eiserne Grundgesetz einer jeden Freiheitsordnung wird durch kein noch so schönes Wortgeklingel ausgehebelt.

Die einzige Variante von Gleichheit, die sich mit persönlicher Freiheit vereinbaren lässt, ist die „Gleichstellung vor dem Gesetz“. Niemand hat diese Grundtatsache unseres Lebens besser ausgedrückt als der Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek:

„Das Hauptziel des Kampfes um die Freiheit war die Gleichheit vor dem Gesetz ... Freiheit hat nicht nur mit anderen Arten von Gleichheit nichts zu tun, sondern sie bringt sogar unvermeidlich in vieler Hinsicht Ungleichheit hervor ... Als Tatsachenaussage ist es einfach nicht wahr, daß ‚alle Menschen von Geburt aus gleich sind‘ ... Gleichheit vor dem Gesetz und materielle Gleichheit sind daher nicht nur zwei verschiedene Dinge, sondern sie schließen einander aus; ... Die Gleichheit vor dem Gesetz, die die Freiheit fordert, führt zu materieller Ungleichheit.“<sup>[1]</sup>

#### Darum geht es: Gleichstellung vor dem Gesetz

Die Gleichstellung vor dem Gesetz, und zwar „ohne Ansehen der Person“, ist das mühsam in einem viele Jahrhunderte dauernden Prozess in ganz Europa endlich Erreichte. Doch gerade erst erreicht, muss diese Gleichstellung schon wieder politisch verteidigt werden. Ein schier endloser Kampf. Allzu groß sind einerseits nackte Macht- und Geldinteressen, andererseits utopische Ideologien, die beide kein wirkliches Interesse an einer unparteiischen Gleichstellung der Personen vor dem Gesetz haben.

Unbeschadet des Bekenntnisses zur juristischen Gleichstellung aller Personen gibt es einen unscharfen Graubereich zwischen Gleichstellung und Gleichheit. Nimmt man als Beispiel den

genauen Geldbetrag einer verhängten Verwaltungsstrafe (etwa wegen einer Verkehrsübertretung), so stellt sich unwillkürlich die Frage, ob sich ein Reicher bei deren Bezahlung nicht erheblich leichter tut als ein Armer? Ein anderes und besonders aktuelles Beispiel bietet die durch verfassungsrichterlichen Spruch jüngst erzwungene Gleichstellung der Ehe für heterosexuelle und gleichgeschlechtliche Paare. Während die ursprüngliche Ehegesetzgebung auch den Schutz der Frau als einer möglichen Mutter von ehelichem Nachwuchs im Auge hatte, verneinen die Verfassungsrichter rechtlich nun die tatsächlich bestehende und auf natürlichen Tatsachen beruhende Ungleichheit zwischen Frau-Mann-Paaren und Mann-Mann-Paaren. Daher muss die Frage erlaubt sein, ob hier nicht die Grenze zwischen Gleichstellung und Gleichmacherei überschritten wird? Gegen die angebliche Diskriminierung der Mann-Mann-Paare, gegen die die Verfassungsrichter entschieden zu haben glauben, ergibt sich doch durch eben dieses Urteil eine tatsächlich neue Diskriminierung, nämlich die der „natürlichen“ Frau-Mann-Kind-Familie? Hier drängt sich die Frage nach der wirklichen Bedeutung des Begriffes der Diskriminierung auf! Es erhebt sich der Verdacht, dass die Gleichmacher versuchen, vermittels des Wortes „Diskriminierung“ einfach Wasser auf ihre Bestrebungen zu leiten. Hätten sie Recht, dann wäre ja jede Ungleichheit die Folge einer „Diskriminierung“! Ein solcher Bedeutungswandel wäre letztlich eine völlige Verzerrung der Lebenswirklichkeit.

Besonders gefährliche Feinde unserer freiheitlichen Rechtsordnung mit ihrem liberalen Prinzip einer personellen Gleichstellung sind jene Ideologen, die sich hinter dem Wort „Freiheit“ verstecken, indem sie es missbräuchlich mit einer von ihnen erträumten „Gleichheit“ in Verbindung setzen. Wer denkt dabei nicht an den von den Jakobinern in der Französischen Revolution vor rund 230 Jahren geprägten Dreiklang „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“? Klingt doch zunächst einmal gut, oder?

Eine dem historischen Verständnis vielleicht irgendwie noch gerecht werdende Interpretation deutet das Wort Gleichheit in diesem Dreiklang als Ausdruck des Kampfes gegen die ausufernden Privilegien der Adelsklasse, also für eine rechtliche Gleichstellung aller Bürger. Das ginge vielleicht noch an.

## Die Anfänge in der Französischen Revolution von 1789

Aber bereits in der Französischen Revolution gewann dann sehr rasch die Interpretation der Gleichheit als eine weit über die Rechtsordnung hinaus zielende Parole zur materiellen Gleichmacherei an Boden. Die oberflächlich mit der Freiheitsidee verknüpfte GLEICHHEIT wurde zum gesellschaftspolitischen Ziel schlechthin. Und das ist sie dank der bunten Reihe sozialistischer Vordenker von Babeuf bis Karl Marx, von Lenin bis Mao Tse Tung und bis in unsere Gegenwart herein.

In seinem historischen Roman „Im Schatten des Gracchus“ beschreibt der Autor S. Coell recht plausibel jenen „messianischen Sozialismus“, dem ein österreichischer Leutnant im Auftrag des Freiherrn von Gentz in Frankreich nachspürt. Dabei entdeckt er jenen Geheimbund, der das Fernziel der gesellschaftspolitischen Gleichheit aller verfolgt.<sup>[2]</sup>

Man mag über historische Romane denken wie man will. Dieser ist nicht bloß wissenschaftlich gut dokumentiert, er weckt auch das Verständnis für die Bestrebungen, die unseren politischen Alltag heute beeinflussen (z. B. die Abschaffung der Vererbbarkeit). Zur Illustration sei dazu hier nur ein einziges Beispiel besonders beleuchtet: Am 16. September 2017 erhielt der bekennende Kommunist/Sozialist Dr. Michael Scharang, ein bekannter österreichischer Schriftsteller, in der angeblich liberalen Tageszeitung „Die Presse“ die ausgiebige Gelegenheit, auf zwei ganzen Zeitungsseiten seine gesellschaftspolitischen Anschauungen darzulegen. Er wünscht sich einen neuen Aufstand der Linken und meint abschließend, dann: „... wird bald ein Neues Kommunistisches Manifest kursieren“. Eines seiner Rezepte: „Planung ist das Um und Auf linker Politik.“ Was Scharang freilich nicht erwähnt, ist die Tatsache, dass eine totale Planung von jedem und allem die Abschaffung der persönlichen Freiheit zwingend voraussetzt. In den kommunistischen Diktaturen aller Spielarten ist das ja

geschehen. Freiheit und Gleichmacherei passen eben nicht zueinander, wie F. A. von Hayek das ausführlich begründet.

## Der heutige Missbrauch des Wortes „liberal“

Unsere Sprache ist etwas Lebendiges. Sie verändert sich immer wieder. Auch Die Bedeutung mancher Worte verschiebt sich in ihrer Bedeutung. So bedeutete das Wort „liberal“ früher „freiheitlich“. Die Liberalen standen einfach für die Freiheit. Heute wird das Wort liberal vielfach mit „links-sozialistisch“ oder gleich mit „sozialistisch“ assoziiert. Demnach gilt in der allgemeinen Bedeutung heute jemand als „liberal“, wenn er sich für Gleichheit bzw. für Gleichmacherei einsetzt. Als anti-liberal wird meistens derjenige angesehen, der gerechtfertigte Ungleichheiten verteidigt. Dabei verteidigt der solchermaßen als anti-liberal Gescholtene in den meisten Fällen jene Ungleichheiten, die sich aus bestehenden Freiheiten ergeben. Mag sein, dass er mitunter auf natürliche, d.h. auf oft bestehende biologische Tatsachen verweist. Nur manchmal Fällen stützt sich dieser als anti-liberal Gebrandmarkte auch auf historisch entstandene Privilegien. Bei diesen kann er sich selbstverständlich nicht auf die Freiheitsidee berufen. Aber diese feinen Unterschiede werden in den Mainstream-Medien in aller Regel nicht gemacht. Da wird dann Gleichheit einfach mit Freiheit gleichgesetzt – ganz im Sinne des modernen Bedeutungswandels. In Wahrheit ist dieses merkwürdige Verständnis von liberal nichts anderes als eine Kapitulation freiheitlicher Auffassungen vor der Gleichmacherei des „messianischen Sozialismus“. Schlag nach bei Hayek ...

## Wie steht es um die Chancengleichheit?

In neueren Parteiprogrammen von Parteien, die sich selbst als freiheitlich bzw. liberal einstufen, ist viel von Chancengleichheit die Rede. Wie ist also Chancengleichheit zu bewerten? Obwohl der Sport nicht vorrangig als Beispiel für politische Kategorien herangezogen werden kann, bietet er sich im Falle der Chancengleichheit doch als gutes Beispiel an.

In ihm verkörpern die Startlinie, die nicht übertreten werden darf, und der Startschuss, der als Signal zum Beginn des Wettkampfes ertönt, die Chancengleichheit für alle Wettkämpfer. Damit und dazu mit dem jeweiligen Regelwerk ist es aber mit der angestrebten Gleichheit auch schon zu Ende. Denn das Ziel eines jeden sportlichen Wettbewerbes ist nämlich keineswegs eine „Gleichheit aller“, sondern das genaue Gegenteil, nämlich die Ungleichheit der erbrachten Leistungen! Ermittelt werden die Sieger – meist die ersten drei Plätze – und die Rangfolge. Der „arme“ Letzte bekommt vielleicht noch einen „Schröpferpreis“. Dass aber gleiche Startlinie oder einheitliches Startsignal eine wirkliche Gleichheit bei den Wettkämpfern herbeiführen, behaupten nicht einmal Sportfanatiker. Im Gegenteil wird schon vor jedem Wettkampf überlegt, welche der Sportler und Sportlerinnen auf Grund von Veranlagung (!), Training, Erfahrung und taktischem Können möglicherweise besonders gute Aussichten haben.

Was hinsichtlich von Chancengleichheit hier beim Sport gilt, lässt sich sinngemäß auf alle anderen Lebensbereiche, wo sich gute Politik um Chancengleichheit bemüht, übertragen. Ob im Bildungsbereich oder im Gewerbebereich, um nur zwei Bereiche herauszugreifen, eine Art von Chancengleichheit geschaffen wird, ändert nichts an der tatsächlichen Ungleichheit als einem logischen Endergebnis eines jeden Wettbewerbes. Die wichtigste Voraussetzung für jede Art von Wettbewerb im Bildungsweg oder im Gewerbe ist aber die persönliche Freiheit. Jeder braucht sie, der sich zum Antreten entschließt und seine eigenen Kräfte wie Fähigkeiten optimal entfalten möchte. Dabei geht es selbstverständlich auch um das passende Regelwerk für die benötigten Freiheiten, nicht hingegen um die Schaffung einer dann für alle erzwungenen Gleichheit im Ergebnis. Chancengleichheit ist also gut, führt aber keineswegs zur Gleichheit.

## Umverteilung im Wohlfahrtsstaat

Ein Einwand gegen allzu große Unterschiede zwischen wirtschaftlich Armen und Reichen wird lauten: Im so genannten Wohlfahrtsstaat, also auch bei uns, gibt es doch materielle Umverteilung; da wird doch auf einen Abbau der Ungleichheiten hingearbeitet! Dieser Einwand ist nicht ganz unberechtigt. Auch F. A. von Hayek trägt dem Rechnung, wenn er schreibt: „Wir sind gegen alle Versuche, der Gesellschaft ein willkürlich gewähltes Verteilungsschema aufzuzwingen, ob es nun eine Ordnung der Gleichheit oder der Ungleichheit ist ... Wenn man sich gegen die Anwendung von Zwang zur Erzielung einer gleichmäßigeren oder gerechteren Verteilung ausspricht, bedeutet das nicht, daß man diese nicht wünschenswert findet ... Man wird sich sicherlich zu einer Gemeinschaft hingezogen fühlen, in der es keine extremen Gegensätze zwischen Reich und Arm gibt, ... Ich teile diese Gefühle voll und ganz ...“ (A. a. o. Seite 107). Es geht ihm also nicht um eine Ideologie der Ungleichheit, sondern er stellt sich gegen eine Ideologie der Gleichmacherei um des Prinzips willen, wobei dann die Freiheit unter die Räder kommt. Hayek will einfach Augenmaß angewendet wissen. Darin ist ihm als Pragmatiker beizupflichten.

In unserer politischen Gegenwart stellt sich längst die ganz pragmatische Frage, inwieweit das Ausmaß der Umverteilung – nicht diese selbst! – inzwischen den demokratischen Staat, der vielfach massiv überschuldet ist, schlicht und einfach überfordert. Und da kommt wieder die Ideologie der „Gleichheit für alle“ ins Spiel.

Wie brisant diese Frage inzwischen geworden ist, zeigt uns die Masseneinwanderung aus allen Teilen der Welt in unsere gut ausgebauten Sozialsysteme. Geradezu als hellsichtig erweist sich Hayek hier im Rückblick, indem er schon in den 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts schrieb: „... denn wenn sie einmal eingelassen sind, wird es nicht mehr lange dauern, bis sie einen bestimmten Anteil am Wohlstand dieses Landes als ihr Recht fordern werden. Die Vorstellung, daß Staatsbürgerschaft oder auch nur Ansässigkeit in einem Land einen Anspruch auf einen bestimmten Lebensstandard gibt, fängt an, eine ernste Quelle internationaler Reibungen zu werden.“ (a. a. O., Seite 124)

Genau diese Situation erleben wir heute.

## Die Super-Reichen

In den meisten Medien tauchen immer wieder Berichte auf, dass die Unterschiede in der Vermögensentwicklung zwischen Armen und Reichen weltweit – was ein an sich unzulässiger Vergleich ist – immer größer werden. Abgesehen von dabei vorkommenden peinlichen Rechenfehlern, ist der Umstand riesiger Vermögensunterschiede nicht zu bestreiten. Ein häufiger Rechenfehler beispielsweise ist der Umstand, dass die Pensionsansprüche (Rentenansprüche) der Erwerbstätigen in den westlichen Ländern nicht als Vermögensteile berücksichtigt werden, obgleich sie gesetzlich festgelegt und garantiert sind<sup>[3]</sup>. Somit wird ein wesentliches Ergebnis aus Ansparung und Umverteilung (staatliche Zuschüsse!) rechnerisch unterschlagen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass es Super-Reiche gibt.

Hier haken die Ideologen der absoluten Gleichheit gern ein. Dabei ist ihr wichtigster Verbündeter der bei den meisten Menschen tief verwurzelte Neid. Merkwürdigerweise richtet sich dieser besonders häufig auf die wirtschaftlich Erfolgreichen, auf die „Kapitalisten“. Selten richtet sich dieser Neid gegen Spitzenfußballer, Rennfahrer, Bühnen- oder Sängerstars oder Bandleader, die ihrerseits finanziell Multi-Millionäre geworden sind. Und schon gar nicht wenden sich diese Neidgefühle gegen die Millionen Menschen, die jede Woche hinter dem „großen Geld“ her sind: Klassenlotterie, Jackpots, Sportwetten, Toto und andere Lotterien – von den Casinos ganz zu schweigen. Alles womöglich selbstverständlich? Immerhin spielen praktisch alle großen Medien dabei mit. Also keine Feindschaft zur Geldgier in der eigenen Brust? Aber wenn es gegen die „Kapitalisten“ in der Wirtschaft geht, wird schnell der Ruf laut: Darf denn das sein? Muss denen nicht einfach möglichst viel weggenommen werden?

Auch hier finden sich Antworten bei Hayek: „Es ist eine der großen Tragödien unserer Zeit, daß die Massen glauben, ihren hohen Lebensstandard dadurch erreicht zu haben, daß sie die Reichen heruntergezogen haben, und daß sie fürchten, die Erhaltung oder Entstehung einer wohlhabenden Klasse würde ihnen etwas nehmen, das sie sonst bekämen und als ihr Recht ansehen ... Eine Welt, in der die Mehrheit alles verhindern könnte, was ihr nicht gefällt, würde eine stillstehende und wahrscheinlich bald absteigende Welt sein.“ (A. a. O., Seite 157) Siehe Kuba, siehe Venezuela ...

Wie richtig Hayek das sieht, leuchtet sofort ein, wenn man ein banales, jedoch häufiges Beispiel aus der Medizin herausgreift: Kein Hilfsarbeiter muss heute an Blinddarmentzündung sterben, seit ein damals zweifellos „privilegierter“ Arzt die operative Entfernung des Blinddarms vor mehr als 100 Jahren erfunden hat – und ein demokratisches Gesundheitswesen diese Operation heute sogar bezahlt. Die in Freiheit erbrachten Spitzenleistungen Einzelner kommen langfristig *allen* zugute.

## Kritik am Kapitalismus

Trotz des in der Menschheitsgeschichte bislang nie dagewesenen Massenwohlstands, der durch ein Wirtschaftssystem erreicht wurde, das landläufig als „Kapitalismus“ bezeichnet wird, reißt die Kritik an eben diesem Kapitalismus nicht ab. Diese Kapitalismuskritik wird zwar hauptsächlich von sozialistischer Seite betrieben, aber auch viele der Grünen beteiligen sich daran. Ja, es gibt sogar Stimmen in so manchen rechtsstehenden Kreisen, die gegen die „kapitalistische Wirtschaft“ wettren. Prominentes Beispiel dafür ist der französische Publizist Alain de Benoist. Ein weiteres Beispiel dafür liefert ATTAC. Diese ursprünglich in Paris gegründete internationale Vereinigung verfiert ein ganzes Bouquet an Themen, darunter den Kampf gegen eine „kapitalistische Ökonomie“ und gegen den so genannten „Neoliberalismus“. Man mag das eine oder andere Sachargument sogar dann als richtig bewerten, wenn einen die massive Kapitalismuskritik abstößt. Tatsache aber ist, dass sich der so genannte Kapitalismus seit dem Aufkommen dieses Begriffes<sup>[4]</sup> erstens laufend gewandelt hat und dies weiterhin tut. Zweitens ist der allgemein verteufelte Kapitalismus schlicht und einfach unser heutiges Wirtschaftssystem im erfolgreichen „Westen“ (und von autoritären Staaten mehr oder weniger erfolgreich kopiert). Und drittens hat dieses Wirtschaftssystem im Wettbewerb mit sämtlichen Spielarten kollektivistischer Wirtschaftssysteme den meisten Wohlstand für Abermillionen Menschen gebracht, also für die Masse der „Arbeitenden“. Es ist also hoch an der Zeit, nicht einfach auf den Popanz „Kapitalismus“ hin zu dreschen, sondern weit besser, genau die konkreten Punkte zu benennen, die in unserem vorhandenen Wirtschaftssystem verbesserungswürdig erscheinen. Da gibt es viele Punkte!

Diesen laufenden Wandel in einem an und für sich funktionierenden System vermag am besten eine Herangehensweise bewirken, die den Grundsatz der FREIHEIT nicht infrage stellt. Hingegen wird es zur Zerstörung unseres Wohlstands führen, wenn das politische Handeln stur auf das unbedingte Erreichen von GLEICHHEIT im Sinne des „messianischen Sozialismus“ abzielt. Denn Freiheit und Gleichheit lassen sich eben nicht auf einen Nenner bringen, wie F. A. von Hayek das gründlich in allen Einzelheiten dargelegt hat. Jede Partei, die das Wort FREIHEIT programmatisch in den Mund nimmt, muss auf diesen inneren Gegensatz von Freiheit und Gleichheit als eine der sozialen Grundwahrheiten Bedacht nehmen.

Höchst aktuelle Beispiele bieten die Diskussionen um die Abschaffung des Bargeldes und um das so genannte Grundeinkommen. In beiden Fällen steht im Hintergrund das Faktum, dass bestehende Freiheiten abgeschafft und die „Gleichheit“ aller ein Stück des Weges vorangetrieben wird. Bei der angedachten Abschaffung des Bargeldes ist es augenscheinlich, dass für alle Menschen eine der wenigen wirtschaftlich verbliebenen Freiheiten beseitigt werden soll. Die Bevölkerung spürt das.

Schwieriger ist die Argumentation beim Grundeinkommen. Dazu hier nur ein paar Fragen zum Nachdenken:

Das gleiche Grundeinkommen muss ja irgendwer bezahlen. Soll das der jetzt schon überschuldete Staat tun? Soll dieser Staat dafür die Steuern erhöhen? Wer bezahlt die höheren

Steuern? Sollen die immer weniger werdenden Leistungsträger in der Wirtschaft noch mehr geschöpft werden? Oder soll Vermögen enteignet werden – Vermögen, das bereits bei seiner Entstehung (zum Teil mehrmals) besteuert wurde? Fragen über Fragen, die erst beantwortet werden müssen.

Die aktuelle Diskussion um ein so genanntes Grundeinkommen zeigt deutlich, dass das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit eben kein „nur“ abstraktes, kein „nur“ akademisches Problem ist. Sie macht vielmehr klar, wie dringend wir unsere schrumpfende Freiheit gegen die Gleichheitsapostel politisch verteidigen müssen.

## Anmerkungen

- [1] F. A. von Hayek, „Die Verfassung der Freiheit“, J. C. B. Mohr, Tübingen 1971, 530 Seiten; Zitate hier aus den Seiten 105–107.
- [2] S. Coell, „Im Schatten des Gracchus“, „Zur Zeit“-Edition, W3 Verlagsges. m. b. H., Wien 2015, 245 Seiten samt Bibliographie.
- [3] Eine zum Kopfrechnen vereinfachte Annahme: Bei einer Lebenserwartung von 80 Jahren hat jemand, der mit 65 Jahren in die Pension geht und pro Jahr danach vielleicht € 14.000,- erhält (14 mal 1.000,-), einen gesicherten Pensionsanspruch im Wert von nach unten gerundet € 200.000,- auf Lebenszeit. Das ist verbrieftem Vermögen gleichzusetzen, was aber in den meisten Vermögensstatistiken bzw. den Berechnungsmethoden bei Vermögensbildung unterbleibt.
- [4] Vgl. dazu Werner Sombart, „Der moderne Kapitalismus“, 3 Bde., Duncker & Humblot, Leipzig 1902 und 1928.